

1 **Verbindliche Leitplanken und konkretes Handeln**

2 Die Vollversammlung der IHK Bonn/Rhein-Sieg unterstützt den Wandel zum nachhaltigen
3 Wirtschaften und hat den Anspruch, diesen aktiv voranzutreiben. Nachhaltigkeit bildet keinen
4 Widerspruch zu unternehmerischen Interessen. Im Gegenteil, sie gehört zum Kern
5 wirtschaftlichen Handelns und ist elementarer Bestandteil für die Zukunfts- und
6 Wettbewerbsfähigkeit heutiger und kommender Generationen von Unternehmerinnen und
7 Unternehmern.

8 Noch fehlen vielfach klare und faire Wettbewerbsbedingungen, die langfristige Planungen
9 erlauben, die internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern und Innovation am
10 Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen ermöglichen. Dieser Rahmen ist erforderlich, damit
11 die Transformation aus sich heraus Kraft entfalten und einen neuen Wachstumsschub
12 erzeugen kann.

13 Aus Sicht der Vollversammlung der IHK Bonn/Rhein-Sieg sollte sich politisches Handeln an
14 verbindlichen, langfristig ausgerichteten Leitplanken orientieren, aus denen folgende
15 Forderungen und Vorschläge für konkretes politisches Handeln abgeleitet werden. Die IHK
16 Bonn/Rhein-Sieg steht Politik und Verwaltung jederzeit für eine konstruktive und
17 lösungsorientierte Zusammenarbeit im Sinne eines erfolgreichen Wandels hin zur
18 Nachhaltigkeit zur Verfügung.

19 **a. Vertrauen schaffen – eine belastbare politische Strategie für den Wandel**

20 Noch ist die Unsicherheit groß. Der Weg der Transformation ist vielfach (noch) nicht
21 erkennbar. Aufgrund wechselnder Zielvorstellungen und unklarer Entscheidungen drohen
22 Attentismus, Absicherungsverhalten und letztlich Stagnation. Die Unternehmen müssen
23 politischem Handeln und getroffenen Entscheidungen vertrauen können, damit sie selbst im
24 Wandel proaktiv werden können. Die Wirtschaft denkt nicht nur von Jahresabschluss zu
25 Jahresabschluss. Die Unternehmen investieren mit der Transformation in ihre langfristige
26 Zukunft - und damit auch in die Zukunft des Industrie- und Wirtschaftsstandorts.

27 Als Basis braucht die Wirtschaft hierfür eine langfristig ausgerichtete politische
28 Nachhaltigkeitsstrategie aus einem Guss, die den verantwortlichen Institutionen und
29 Verwaltungen als strategisches Fundament und den Unternehmen als Orientierungsleitfaden
30 dient, ihnen aber gleichzeitig die Flexibilität für eigenverantwortliches Handeln und
31 ausreichenden Spielraum belässt, um auf akute Krisen zu reagieren und im internationalen
32 Wettbewerb erfolgreich zu agieren. Die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sollte im
33 überparteilichen Konsens und mit klaren Verantwortlichkeiten weiterentwickelt werden, da-
34 mit starre Grenzen von Fach- und Ressortzuständigkeiten überwunden und der
35 Transformationsprozess in den Mittelpunkt gestellt wird. Die Strategie ist über mehrere
36 Legislaturen anzulegen und mit ausreichenden Kapazitäten auszustatten. Unternehmen
37 sollten als Akteure, Beteiligte und insbesondere Ideengeber von Beginn an in alle
38 Teilbereiche der Strategie eingebunden werden.

39 **b. Wandel braucht Geschwindigkeit – ein Beschleunigungspakt für NRW**

40 Die Wirtschaft legt heute die Grundlage für den Erfolg von morgen. Mit Investitions- und
41 Planungshorizonten von zehn und mehr Jahren, ist die Wirtschaft auf größtmögliche
42 Flexibilität und eine positive Fehlerkultur angewiesen, um ihre Geschäftsideen
43 weiterzuentwickeln und Wertschöpfung zu sichern, auch wenn die infrastrukturellen
44 Rahmenbedingungen noch fehlen. Die benötigten Investitionen der öffentlichen Hand und
45 von privater Seite können nur rechtzeitig umgesetzt werden, wenn die Zielrichtung bekannt
46 und die Geschwindigkeit des Handelns massiv erhöht wird. Damit der Ausbau der
47 Erneuerbaren Energien ebenso gelingt wie die Investitionen in neue Geschäftsmodelle,
48 braucht die öffentliche Verwaltung neue, belastbare, bürokratiearme und digitale Prozesse
49 für Planung, Genehmigung und die tatsächliche Realisierung von Projekten. Über die
50 Digitalisierung können mit Standardisierungen, Bündelung von Kompetenzen und
51 Zentralisierung Verfahren schnell optimiert werden. Hinzukommen muss der Abbau bereits
52 bestehender Bürokratie, die sich immer mehr zum Hemmschuh für den Wirtschaftsstandort
53 NRW entwickelt. Die Investitionen in öffentliche und private Infrastrukturen erfordern eine
54 Know-how-Initiative für Fach- und Arbeitskräfte. Für beides müssen Bund und Länder noch
55 in den laufenden Legislaturperioden in einem abgestimmten „Beschleunigungspakt“ den
56 Grundstein legen.

57 **c. Vernetzt Denken – mit Nachhaltigkeitscheck Zielkonflikte lösen**

58 Erst realistische Ziele schaffen Planungssicherheit für unternehmerisches Handeln. In der
59 Praxis bestehen zwischen den 17 Nachhaltigkeitszielen vielfach ungeklärte Zielkonflikte. Die
60 Lösung für den einen Aspekt kann bei anderen zu Verwerfungen führen und die
61 Transformation unnötig verkomplizieren. Die Wirtschaft setzt die Nachhaltigkeitsziele
62 ganzheitlich in ihrem Unternehmensalltag um und fokussiert sich auf die praktischen
63 Anforderungen in ihren Geschäftsprozessen. Statt einer abstrakten Verpflichtung auf globale
64 Ziele braucht die Wirtschaft eine Operationalisierung der 17 Sustainable Development Goals
65 auf die unternehmerische Praxis. Die Landesregierung hat angekündigt, in einem
66 Nachhaltigkeitscheck neue Gesetze und Verordnungen auf ihren Beitrag zur Transformation
67 zu bewerten. Der Check darf nicht dazu führen, dass sich ohnehin schon langwierige
68 Prozesse weiterverzögern. Vielmehr sollte er dazu genutzt werden, Zielkonflikte
69 auszuräumen und Potenziale zur Beschleunigung zu identifizieren.

70 **d. Risiken gemeinsam tragen – Schaltstelle Transformationsfinanzierung**
71 **ausbauen**

72 Noch ist vielen Unternehmen und auch ihren Partnern in der Wertschöpfungskette unklar,
73 wie ein erfolgreiches Geschäftsmodell der Zukunft aussehen kann. Der Wandel zu einer
74 nachhaltigen Wirtschaft vollzieht sich zudem parallel zur Digitalisierung, die ihrerseits die
75 Arbeits- und Wirtschaftsweisen durch eine zunehmende Automatisierung oder mit dem
76 immer stärkeren Einsatz künstlicher Intelligenz massiv verändert und neue Chancen eröffnet.
77 Unternehmer sind das Handeln unter Unsicherheit gewohnt und bereit, Risiken einzugehen.
78 Im Rahmen ihrer Möglichkeiten übernimmt die Wirtschaft die unternehmerischen
79 Sorgfaltspflichten und fordert diese auch von ihren Partnern und Zulieferern im In- und
80 Ausland ein. Grundsätzlich sollte jedoch das Delegieren staatlicher Aufgaben auf
81 Unternehmen vermieden werden. In der Transformation ist die Wirtschaft auf verlässliche
82 Mitstreiter in Politik und Verwaltung, in der Wertschöpfungskette und bei der Finanzierung
83 angewiesen.

84 Neue komplexe Regulierungen, wie die EU-Taxonomie sowie die Berichts- und
85 Nachweispflichten der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) und der
86 Lieferkettensorgfaltspflichten steigern zunächst die Unsicherheit und den bürokratischen
87 Aufwand für die Unternehmen. Dieser kann vor allem für den Mittelstand unverhältnismäßig
88 sein und Finanzierungsbedingungen erschweren. Mit dem Kompetenzzentrum
89 Fin.Connect.NRW erhält das Land nun eine Schaltstelle für die Transformationsfinanzierung,
90 die eine pragmatische und niedrigschwellige Unterstützung bei der Finanzierung
91 nachhaltiger Geschäftsmodelle schaffen kann.

92 **e. International denken – Industriestandort NRW nachhaltig ausrichten**

93 Im Übergang benötigen die Unternehmen in NRW, insbesondere die exportorientierte
94 Industrie, ein international – zumindest aber EU-weites – faires Wettbewerbsumfeld.
95 Andernfalls droht die Verlagerung von Emissionen ebenso wie neue
96 Abhängigkeitsverhältnisse. Bei aller Dringlichkeit darf der Wettbewerb als bestes Instrument
97 für die Suche nach der effizientesten Lösung – gerade auch bei den Planungen der
98 Europäischen Union – nicht außer Kraft gesetzt und in Einklang mit Nachhaltigkeit gebracht
99 werden.

100 Statt des Wettlaufs um immer neue, noch ambitioniertere Ziele, sollte der Wettlauf um die
101 beste Umsetzung eröffnet werden. Um Zielkonflikte auf der Maßnahmenebene zu
102 vermeiden, ist es entscheidend, Handlungen dem Subsidiaritätsprinzip folgend zwischen EU,
103 Bund, Bundesländern und Kommunen – ganz im Sinne eines vernetzten Vorgehens – eng
104 aufeinander abzustimmen. Die Landesregierung sollte ihre Aktivitäten eng auf die
105 internationalen Maßnahmen wie den Green Deal der EU ausrichten und Vorkehrungen in
106 NRW treffen, damit das Land als Wirtschaftsstandort von diesen partizipieren und eine
107 Vorreiterrolle übernehmen kann. Dies wird jedoch nur gelingen, wenn es zu einer deutlichen
108 Reduzierung bestehender und Vermeidung zusätzlicher Bürokratielasten kommt.

109 **f. Den Standort in den Blick nehmen – Zusammenarbeit stärken**

110 Für ihre Transformation sind Unternehmen auf leistungsfähige (öffentliche) Infrastrukturen
111 am Standort wie auch entlang der Wertschöpfungskette angewiesen. Für die nachhaltige
112 Entwicklung der Standorte ist eine effiziente Zusammenarbeit von privaten und öffentlichen
113 Akteuren entscheidend. Erst im Zusammenspiel aller Stakeholder können vor Ort effiziente
114 und vernetzte Lösungen entstehen. Das verhindert, dass Flickenteppiche entstehen und
115 Einzelne überfordert werden.

116 Die Wirtschaft setzt die Transformation ganzheitlich am Standort um. Sie achtet Umwelt und
117 Mensch und ermöglicht so in vielen Fällen eine stärkere Nutzungsmischung von
118 Wohnquartieren und Grünflächen mit nicht störenden gewerblichen Nutzungen.

119 Die Wirtschaft braucht ein reibungsloses Zusammenspiel der Entscheidungsträger auf
120 regionaler und kommunaler Ebene. Eine nachhaltige Ausrichtung der
121 Unternehmensstandorte, etwa in den Innenstädten oder Gewerbegebieten, kann nur durch
122 die gemeinsame Arbeit der verschiedenen Funktionsträger und Stakeholder gelingen. Dabei
123 gilt es, Nutzungskonflikte etwa beim Ausbau der Windenergie oder für Infrastrukturen des
124 öffentlichen Personennahverkehrs mit Frei- und Erholungsflächen, Wohn- und
125 Wirtschaftsnutzungen zu reduzieren. Es sollten Anreize zur stärkeren Koordination zwischen
126 den Planungsträgern im Land, den Regionen und an den Standorten sowie zur
127 Akzeptanzsteigerung unternehmerischer Maßnahmen gesetzt werden.

128 **g. Leitplanken setzen – Spielraum für den Mittelstand**

129 Als Handlungsgrundlage sind politische Leitplanken wichtig und richtig. Doch was heute das
130 Maß aller Dinge ist, kann in einer schnelllebigen Welt schon morgen überholt sein. Politik
131 und Verwaltung sollten daher nur den Pfad zur Zielerreichung vorzeichnen, auf eine
132 Steuerung des unternehmerischen Handelns aber verzichten. Auf dem Weg in die
133 Wasserstoffwirtschaft etwa braucht der Mittelstand ein Netz an Infrastrukturen und
134 Erzeugungskapazitäten, die aufgrund der hohen industriellen Bedeutung landesweit in der
135 Fläche strukturiert entstehen müssen. Bei der Umsetzung braucht der Mittelstand hingegen
136 Freiraum, um den effizientesten Weg für sich zu finden.

137 Die Wirtschaft braucht eine KMU-orientierte, unbürokratische Forschungs- und
138 Innovationsförderung, um die Chancen der Transformation auch in etablierten Unternehmen
139 anzugehen. Auch für Investitionen. Über eine direkte Förderung für kleine und kleinste
140 Unternehmen können, wie die Digitalisierungshilfen für den Handel und den Tourismus oder
141 Beratungsgutscheine gezeigt haben, wirkungsvoll Anreize für den Wandel hin zu
142 nachhaltigen Geschäftsmodellen gesetzt werden. Starter- und Gründungszentren können
143 durch konkretes Transformations-Know-how zusätzlich unterstützen.

144 **h. Engpässe fokussieren – verbindliche Prioritäten für die Finanzierung**

145 Viele wichtige Ressourcen werden sich in den kommenden Jahren verknapfen: neben
146 Fachkräften, Energie, und wichtigen Rohstoffen sind vor allem ausreichende Mittel zur
147 Finanzierung des Wandels erforderlich. Die Finanzierung, vor allem der grundlegenden
148 Infrastrukturen, erfordert öffentliche Investitionen im erheblichen Umfang. Dabei ist eine
149 harte Auswahl der öffentlichen Maßnahmen nach Effizienzkriterien erforderlich, um eine
150 Überforderung der öffentlichen Haushalte zu vermeiden.

151 Die Wirtschaft handelt nicht auf Kosten der nächsten Generation. Sie geht
152 verantwortungsvoll mit realen und finanziellen Ressourcen um und erwartet dies auch vom
153 Staat. Sie muss die Chancen des Wandels klar erkennen und die Risiken bei der
154 Realisierung deutlich abschätzen können, um privates Kapital im erheblichen Umfang für
155 den Wandel zu aktivieren. Über eine klare, nachvollziehbare und verbindliche Planung der
156 Investitionen in Landesverantwortung sollte die Nutzung der begrenzten, haushälterischen
157 Mittel effizient gesteuert werden. Erforderlich ist ergänzend eine umfassende
158 Engpassanalyse in der Verwaltung, insbesondere bei Digitalisierungs- oder
159 Infrastrukturprojekten, durch die der Wandel gehemmt werden könnte.

160 **i. Qualifizieren und weiterbilden – eine Fachkräfteoffensive für den Wandel**

161 Die Transformation wird nur erfolgreich verlaufen, wenn gut ausgebildete und qualifizierte
162 Menschen den Wandel gestalten und umsetzen. Der Fachkräfteentwicklung und -sicherung
163 kommt im sich beschleunigenden demografischen Wandel eine, wenn nicht die zentrale
164 Bedeutung zu. Die Transformation erfordert neue Kompetenzen und Denkweisen, von denen
165 viele heute noch nicht bekannt sind. Dies bedingt massive Veränderungen bei Bildungs-
166 inhalten und -institutionen und verlangt von den Menschen enorme Anstrengungen.

167 Die Wirtschaft bildet die Fachkräfte von morgen aus, schafft attraktive Arbeitsplätze und zeigt
168 soziales Engagement. Sie braucht eine umfassende und belastbare Fachkräfteoffensive der
169 Landesregierung, um den Wandel in den Köpfen und den Aufbau der erforderlichen
170 Fachkräftebasis anzustoßen.

171 Neben dem Aufbau der erforderlichen Kompetenzen in Unternehmen gilt es, auch in
172 Verwaltungen durch eine langfristige Personalplanung, die erforderlichen Kapazitäten zum
173 Beispiel in den Planungs- und Genehmigungsbehörden oder in den Verwaltungsgerichten
174 aufzubauen.

175 **j. Vorbild werden – Verwaltungshandeln nachhaltig ausrichten**

176 Im Transformationsprozess muss der Mehrwert des Wandels für das Leben und Wirtschaften
177 des Einzelnen sichtbar werden. Motivation und Handeln entstehen dadurch, dass Menschen
178 sehen und erleben, was möglich ist. Gerade Unternehmen spielen als Vorbild für andere
179 Unternehmen eine wichtige Rolle. Regelungen wie die der unternehmerischen
180 Sorgfaltspflichten sollten daher so ausgestaltet werden, dass sie das freiwillige Engagement
181 der Unternehmen würdigen und nicht behindern.

182 Die Wirtschaft schafft Akzeptanz für den Wandel, sichert aus eigener Motivation die Aussicht
183 auf ein besseres Leben und wehrt durch ihr Handeln akute Gefahren ab. Ein erfolgreicher
184 Wandel ist aber auch auf eine Verwaltung angewiesen, die eine Vorbildfunktion einnimmt
185 und ihr Handeln grundsätzlich hinterfragt. Ein wichtiger Hebel hierbei liegt im öffentlichen
186 Auftragswesen. Statt durch zusätzliche Bürokratie und Nachweispflichten sollte die
187 Verwaltung über kluge Leistungsbeschreibungen ihre Prioritäten setzen und so in der
188 Wirtschaft Innovationen anstoßen und damit den Hochlauf nachhaltiger Märkte
189 beschleunigen.

190 **k. Erreichbarkeit sichern – Nachhaltige Mobilität fördern**

191 Klar ist, dass sich mit der Transformation zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaneutralität auch
192 der Verkehrssektor deutlich verändern muss. Die Emissionen des Verkehrs müssen sinken,
193 während unsere wachsende Wirtschaft mehr Gütermobilität benötigt. Daher setzt sich IHK
194 NRW auch für eine gute verkehrliche Erreichbarkeit aller Gewerbe-, Dienstleistungs- und
195 Industriestandorte – gleich mit welchem Verkehrsträger – ein.

196 Neue Mobilitätskonzepte und technologische Innovation können helfen, diesen Zielkonflikt
197 aufzulösen. Verkehre sollten nachhaltig gesteuert und verlagert werden. Geeignete Mittel,
198 um den Straßenverkehr zu entlasten, sind z. B. die Förderung des betrieblichen
199 Mobilitätsmanagements, der Ausbau von Mobilitätsstationen und die Unterstützung von
200 Mobilitätskonzepten. Kommunen, Land und Bund sollten Verkehrsdaten erheben, erwerben
201 und nutzen und die Vernetzung der Infrastruktur und Mobilitätsangebote vorantreiben. Im
202 übergeordneten Netz kann der Einsatz von Lang-Lkw Verkehre reduzieren und gleichzeitig
203 CO2 einsparen.